## **VERSAND DER POSTKARTEN**

Die Adressen der Kandidierenden für den Landtag, an die geschrieben werden soll, müssen im Adressfeld noch ergänzt werden. Dies sind die Anschriften der Spitzenkandidierenden:

#### **SPD**

z. Hd. Florian von Brunn SPD-Bürgerbüro Florian von Brunn Daiserstraße 27 81371 München info@von-brunn.de

## **FDP**

z. Hd. Martin Hagen FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag Max-Planck-Straße 1 81675 München martin.hagen@fdpltby.de

## Freie Wähler

z. Hd. Hubert Aiwanger Bürgerbüro Marktstraße 6 84056 Rottenburg an der Laaber buergerbuero@hubert-aiwanger.de

#### CSU

z. Hd. Dr. Markus Söder Abgeordnetenbüro Jakobstraße 46 90402 Nürnberg markus.soeder@soeder.de

## Bündnis 90/Die Grünen

z. Hd. Katharina Schulze und Ludwig Hartmann Landtagsbüro Maximilianeum 81627 München team@katharina-schulze.de ludwig.hartmann@grueneby.de Wenn die Postkarten an andere **Kandidierende aus einzelnen Stimmkreisen** versendet werden sollen, müssten die Adressen (z. B. örtliche Büros der Parteien) noch recherchiert werden.

Sollten die Kandidierenden bereits Landtagsabgeordnete sein, ist ihre Adresse auf der Webseite des Bayerischen Landtages zu finden.

Wenn so **keine Adresse zu finden** ist, kann die Postkarte auch direkt an den Sitz des Bayerischen Landtages nach dem folgenden Muster verschickt werden:

## Name der Partei

z. Hd. Name der/des Kandidierenden Bayerischer Landtag Maximilianeum 81627 München

## **VERSAND DER POSTKARTEN**

Die Adressen der Kandidierenden für den Landtag, an die geschrieben werden soll, müssen im Adressfeld noch ergänzt werden. Dies sind die Anschriften der Spitzenkandidierenden:

#### **SPD**

z. Hd. Florian von Brunn SPD-Bürgerbüro Florian von Brunn Daiserstraße 27 81371 München info@von-brunn.de

## **FDP**

z. Hd. Martin Hagen FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag Max-Planck-Straße 1 81675 München martin.hagen@fdpltby.de

## Freie Wähler

z. Hd. Hubert Aiwanger Bürgerbüro Marktstraße 6 84056 Rottenburg an der Laaber buergerbuero@hubert-aiwanger.de

## CSU

z. Hd. Dr. Markus Söder Abgeordnetenbüro Jakobstraße 46 90402 Nürnberg markus.soeder@soeder.de

## Bündnis 90/Die Grünen

z. Hd. Katharina Schulze und Ludwig Hartmann Landtagsbüro Maximilianeum 81627 München team@katharina-schulze.de ludwig.hartmann@grueneby.de Wenn die Postkarten an andere **Kandidierende aus einzelnen Stimmkreisen** versendet werden sollen, müssten die Adressen (z. B. örtliche Büros der Parteien) noch recherchiert werden.

Sollten die Kandidierenden bereits Landtagsabgeordnete sein, ist ihre Adresse auf der Webseite des Bayerischen Landtages zu finden.

Wenn so **keine Adresse zu finden** ist, kann die Postkarte auch direkt an den Sitz des Bayerischen Landtages nach dem folgenden Muster verschickt werden:

## Name der Partei

z. Hd. Name der/des Kandidierenden Bayerischer Landtag Maximilianeum 81627 München

## INDIVIDUELLE KENNZEICHNUNGSPFLICHT FÜR POLIZIST\*INNEN AUCH IN BAYERN

BITTE FREIMACHEN (0,70€)

Die Möglichkeit, rechtswidrig handelnde Polizist\*innen – auch beim Auftreten in Hundertschaften – zweifelsfrei identifizieren zu können, ist zentrale Voraussetzung für die Aufklärung von Fällen widerrechtlicher Polizeigewalt.

Eine individuelle Kennzeichnungspflicht, die anonymisiert durch Zahlenkombinationen gestaltet werden kann, schützt zudem Polizeibeamt\*innen vor falschen Anschuldigungen und vor der Gefahr von Übergriffen.

An die/den Kand	didat*in der	Bay. Landt	agswahl



Die Einführung der **individualisierten Kennzeichnungen** von Polizisten und Polizistinnen in Dienstkleidung ist eine rechtstaatliche Selbstverständlichkeit. Sie dient der **Transparenz** polizeilichen Handelns und der **Aufklärung** bei Vorwürfen von rechtswidrigem Polizeiverhalten.

Das **Vertrauen der Bevölkerung** in die Polizei wird gestärkt. Die Polizei tritt transparent in der Öffentlichkeit auf und signalisiert, dass sie nichts zu verbergen hat. Zudem können Vorwürfe von unrechtmäßigem Verhalten besser zugeordnet und Kolleg\*innen gegebenenfalls entlastet werden.

Mit dieser Postkarte können Sie Ihre Forderung im Rahmen der Bayerischen Landtagswahl 2023 ausdrücken. Die Anschriften der Spitzenkandidierenden finden Sie über den nebenstehenden QR-Code oder im Internet unter: bit.ly/AmnestyLTW



## ICH FORDERE:

Wenn die\*der Urheber\*in einer polizeilichen Maßnahme nicht identifiziert werden kann, bleibt der menschenrechtliche Anspruch auf effektive, unverzügliche und angemessen Aufklärung unerfüllbar.

Deswegen fordere ich mit Amnesty International die Einführung der Kennzeichnung – wie sie in vielen Bundesländern schon der Fall ist – auch in Bayern.

NAME, ORT

UNTERSCHRIFT

## FÜR UNABHÄNGIGE UNTERSUCHUNGEN BEI VORWÜRFEN GEGEN DIE POLIZEI



Amnesty International fordert für die Aufarbeitung von Vorwürfen gegen Polizist\*innen wegen der Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt oder Misshandlung unabhängige, unmittelbare, unverzügliche und umfassende Untersuchungen.

Die Einrichtung von **unabhängigen Beschwerdemechanismen** stellt einen wichtigen Baustein für umfassende Ermittlungen dar. Es darf zwischen den ermittelnden Beamt\*innen und den beschuldigten Polizist\*innen keine institutionelle oder hierarchische Verbindung bestehen. **Nur dann sind die Ermittlungen tatsächlich unabhängig.** 

An die/den	Kandidat*in	der Bay. Landt	agswahl



In Bayern ist das Bayerische Landeskriminalamt die zentrale Ermittlungsstelle der Bayerischen Polizei für Interne Ermittlungen.

Aber Betroffene scheuen häufig den Schritt, sich bei Polizeidienststellen über polizeiliches Verhalten zu beschweren.

Mit dieser Postkarte können Sie Ihre Forderung im Rahmen der Bayerischen Landtagswahl 2023 ausdrücken. Die **Anschriften** der Spitzenkandidierenden finden Sie über den nebenstehenden QR-Code oder im Internet unter: **bit.lv/AmnestvLTW** 



## **ICH FORDERE:**

Notwendig ist die Einrichtung von Beschwerdestellen, die mutmaßliche Vorwürfe gegenüber Polizist\*innen unabhängig bearbeiten. Sie müssen als Untersuchungsmechanismen fungieren, die Fälle so ermitteln können, dass Strafverfahren Gerechtigkeit bringen.

Ein **unabhängiges und effektives Polizei-Beschwerdesystem** ist von fundamentaler Bedeutung für einen demokratischen und rechenschaftspflichtigen Polizeidienst und stärkt das öffentliche Vertrauen in die Polizei.

NAME, ORT			
UNTERSCHRIFT			

# EINSATZ VON TASERN UNTERSUCHEN UND EINSCHRÄNKEN



Die Gefährlichkeit von sog. Tasern wird regelmäßig unterschätzt. **Der Einsatz kann zu schweren Verletzungen bis hin zum Tod führen**, insbesondere wenn Risikofaktoren, wie Herz-Kreislauf-Probleme oder Drogen-Intoxikation, hinzukommen. Diese sind für Einsatzkräfte oft schwer erkennbar.

Der Einsatz von Tasern ist nur dann verhältnismäßig, wenn anderenfalls der Einsatz tödlicher Gewalt notwendig wäre. Polizeiliche Anweisungen, Schulungen und Maßnahmen zur Rechenschaftsablegung müssen **den hohen Risiken Rechnung tragen**, die mit dem Einsatz von Tasern verbunden sind.

An die/den Kandidat*in der Bay. Landtagswahl



Im **Distanzmodus** bohren sich zwei kleine Projektile in die Haut, der anschließende Stromfluss lähmt die getroffene Person. Im **Kontaktmodus** wirkt die Waffe ausschließlich dadurch, dass sie starke Schmerzen verursacht. Daher kann nicht argumentiert werden, dass dieser Modus eine erhebliche und relevante operative Lücke in der Polizeiarbeit füllt.

Der Einsatz eines Tasers im Kontaktmodus zeigt nur begrenzte Resultate, wenn es darum geht, eine Person unter Kontrolle zu bringen. Im Gegenteil, es besteht das Risiko, dass die Lage weiter **eskaliert** und die betreffende Person **noch aggressiver** wird. Dies kann dazu führen, dass mehrere Stromstöße hintereinander verabreicht werden, um die Person gefügig zu machen, was wiederum das **Risiko schwerer oder tödlicher Verletzungen** erhöht.

Mit dieser Postkarte können Sie Ihre Forderung im Rahmen der Bayerischen Landtagswahl 2023 ausdrücken. Die Anschriften der Spitzenkandidierenden finden Sie über den nebenstehenden QR-Code oder im Internet unter: bit.ly/AmnestyLTW



## **ICH FORDERE:**

Amnesty International fordert alle Bundesländer und den Bund dazu auf, den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten (sog. Tasern) nur speziell ausgebildeten Einheiten vorzubehalten. Die Anwendung von Tasern im Kontaktmodus sollte verboten werden.

Eine **ärztliche und forensische Untersuchung** "getaserter" Personen nach einheitlichen Standards muss für alle Einsatzfälle obligatorisch sein.

Alle Tasereinsätze und ihre Folgen müssen **dokumentiert und veröffentlicht** werden. Durch die Landesregierung ist regelmäßig neu zu bewerten, ob durch den Taser wirksame operative Vorteile erzielt werden, die etwaige Risiken überwiegen.

NAME, ORT			
UNTERSCHRIFT			

# RISIKOBEWERTENDE KI-SYSTEME IN DER STRAFVERFOLGUNG VERBIETEN



Bayern hat einen Rahmenvertrag mit dem US-Unternehmen **Palantir** geschlossen, dessen Analyse-Software eingesetzt werden soll, um zu berechnen, mit welcher Wahrscheinlichkeit an einem Ort oder durch eine bestimmte Person ein Verbrechen begangen werden **könnte**.

Eine Vielzahl öffentlich verfügbarer (etwa auf Social Media) oder polizeilich erhobener Daten wird dafür zusammengeführt und nach Regeln verarbeitet, in die der Mensch vor dem Computer oft nur noch wenig Einsicht hat. Innenministerin Nancy Faeser lehnte die bundesweite Einführung der umstrittenen Polizei-Analysesoftware des US-Unternehmens ab.

An die/den Kandidat*in der Bay. Landtagswahl	



Die Erstellung von Strafprofilen basierend auf "Künstliche Intelligenz"-Systemen verstößt gegen die **Unschuldsvermutung**. Es besteht die Gefahr, dass Strafverfolgungsmaßnahmen aufgrund von Risiken und Verdachtsmomenten erfolgen und nicht, weil eine Tat tatsächlich begangen worden ist.

Predicitive Policing ist in Hinblick auf die Transparenz- und Rechenschafspflicht der staatlichen Behörden problematisch.

Die vorausschauenden Maßnahmen der Polizei fördern Massenüberwachung und Datenmaximierung. *Predictive Policing* reproduziert und verstärkt Diskriminierungen.

Mit dieser Postkarte können Sie Ihre Forderung im Rahmen der Bayerischen Landtagswahl 2023 ausdrücken. Die Anschriften der Spitzenkandidierenden finden Sie über den nebenstehenden QR-Code oder im Internet unter: bit.ly/AmnestyLTW



## ICH FORDERE:

Ich setzte mich für ein Verbot von profilbildenden und risikobewertenden "Künstliche Intelligenz"-Systemen (KI) in der Strafverfolgung und Strafjustiz ein.

Dazu gehört *Predictive Policing* (vorhersagende Polizeiarbeit), bei dem solche Systeme das Risiko krimineller Aktivitäten bestimmter Personen und an bestimmten Orten bewerten sollen.

NAME, ORT			
mune, our			

UNTERSCHRIFT

## STRENGE VORAUSSETZUNGEN FÜR PRÄVENTIVGEWAHRSAM SCHAFFEN



Präventivgewahrsam ist eine grundrechtsintensive Maßnahme. Da strafprozessuale Gewährleistungen wie die **Unschuldsvermutung** bei präventivem Gewahrsam nicht gelten, lehnt Amnesty International die Möglichkeit einer administrativen Inhaftierung grundsätzlich ab.

Eine polizeiliche Ingewahrsamnahme muss also in engem Zusammenhang mit erkennbaren, strafrechtlichen Vorwürfen stehen, insbesondere mit Blick auf hochrangige Rechtsgüter. Dazu kann eine dringende, konkrete Gefahr für Leib und Leben von anderen Personen zählen. Präventivgewahrsam aufgrund des Verdachts auf eine Ordnungswidrigkeit ist abzulehnen.

An die/den Kandidat*in der Bay. Landtagswahl



Seit Oktober 2022 hat die bayerische Polizei mehrere Dutzend Klimaaktivist\*innen für bis zu 30 Tage in **Präventivgewahrsam** genommen, nachdem die Aktivist\*innen wiederholt Straßen blockiert hatten und es zu Staus kam.

Die Anordnung des Präventivgewahrsams erfolgte auf der Grundlage von § 17 Abs. 2 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes, das es der Polizei ermöglicht, **ohne konkreten Tatverdacht oder Einleitung eines Strafverfahrens** zur Verhinderung "einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit oder einer Straftat" eine **Ingewahrsamnahme** zu beantragen.

Mit dieser Postkarte können Sie Ihre Forderung im Rahmen der Bayerischen Landtagswahl 2023 ausdrücken. Die Anschriften der Spitzenkandidierenden finden Sie über den nebenstehenden QR-Code oder im Internet unter: bit.ly/AmnestyLTW



## ICH FORDERE:

Präventivgewahrsam darf keinesfalls zu Abschreckungszwecken eingesetzt werden. Außerdem muss die Ingewahrsamnahme auch im Sinne der Gefahrenabwehr stets verhältnismäßig sein. Das bedeutet, dass es kein milderes gleichgeeignetes strafrechtliches Mittel gibt. Die Anordnung von Präventivgewahrsam gegenüber friedlich Demonstrierenden wird dem nicht gerecht.

Wenn Personen durch die Ingewahrsamnahme davon abgehalten werden sollen, an Protesten teilzunehmen, steht dies im Widerspruch zum Recht auf freie Meinungsäußerung und dem Recht, sich friedlich zu versammeln. Dabei ist auch eine abschreckende Wirkung für andere Personen zu befürchten, die an Versammlungen teilnehmen wollen.

NAME, ORT			
UNTERSCHRIFT			

## GEGEN STRUKTURELLE DISKRIMINIERUNG: POLIZEILICHE AUSBILDUNG STÄRKEN



Es gehört zum Handwerkszeug von Polizist\*innen, beim Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen von struktureller Diskriminierung professionell zu agieren. Nur wenn diese Diskriminierungen erkannt werden, kann die Polizei Betroffene effektiv vor Angriffen schützen.

Hierfür müssen sie durch ihre Ausbildung in Theorie und Praxis und durch regelmäßige verpflichtende Fortbildungen befähigt werden. Sie brauchen Vielfaltskompetenz und Sensibilisierung für Diskriminierung, um nicht selbst – bewusst oder unbewusst – diskriminierend zu handeln und um Menschen zu ihren Rechten zu verhelfen.

An die/den Kandidat*in der Bay. Landtagswahl



Die Polizei spielt eine besondere Rolle bei der Umsetzung von Menschenrechten und der Gewährleistung der inneren Sicherheit für die Bevölkerung. Sie ist verantwortlich dafür, die Rechte auf Sicherheit und Freiheit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz zu schützen.

Sie istebenfalls verpflichtet, Menschen vor Rassismus, Antisemitismus und weiteren Formen von Diskriminierung zu schützen. Sie kann ihrer Aufgabe als Schutzinstanz nur gerecht werden, wenn durch Antidiskriminierungstrainings das notwendige Wissen über deren Ausprägungen ein fester Bestandteil der Polizeiaus- und -fortbildung und der praktischen Polizeiarbeit wird.

Mit dieser Postkarte können Sie Ihre Forderung im Rahmen der Bayerischen Landtagswahl 2023 ausdrücken. Die **Anschriften** der Spitzenkandidierenden finden Sie über den nebenstehenden QR-Code oder im Internet unter: **bit.lv/AmnestvLTW** 



## **ICH FORDERE:**

Vorfälle von Rassismus und Rechtsextremismus innerhalb der Sicherheitsbehörden müssen **unabhängig untersucht** und **konsequent sanktioniert** werden.

Insbesondere von der Führungsebene muss eine **Null-Toleranz-Politik gegenüber menschenfeindlichen Positionen** vorgelebt werden.

Sie sollte eine **Kultur des Hinschauens** und des Lernens aus Fehlern etablieren, **strukturelle Probleme beheben** und schwerwiegende Vorkommnisse nicht länger als Einzelfälle abtun.

NAME, ORT		
UNTERSCHRIFT		